

# Gerichtszeitung.

**Leipzig.** (Jugend von heute!) Der achtzehnjährige Arbeitsschüler Walter Martin Hempel war von seinen Eltern fortgezogen, um sich sein Geld selber zu verdienen und das Leben zu genießen. Um sich die zu einem solchen Lebensgenusse nötigen Mittel zu verschaffen, stahl er am 31. Mai seinem inzwischen verstorbenen Großvater aus dem Schranke eine Barsumme von 10 650 Mark, den ganzen Erlös aus dem Verkaufe des Geschäfts. Bis zu seiner Verhaftung, bei der man bei ihm auch einen Revolver samt vierzwanzig scharfen Patronen fand, hatte der Bursche in kaum vierzehn Tagen über 5000 Mark in der unsinnigsten Art durchgebracht, indem er sich neu einkleidete, Schmuck kaufte und in Welshtuben den Ledemann spielte. Die Leipziger Ferienstrafkammer E erkannte gegen Hempel auf eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten.

## Bermischtes.

**† Vertischen des Königs von Sachsen nach Ralmö verbracht?** „Berlinske Tidende“ meldet aus Ralmö: Freitag vormittag wurde ein Flugzeug, das aus einer Höhe von etwa 200 m zwei Pakete abwarf, gestrichelt. Darauf verschwand es wieder über die Dnjepr. Aus dem Innern des Landes, wo seit einiger Zeit ein deutscher Herr und eine deutsche Dame wohnten, wurden Signale an das Flugzeug erteilt, das sich nach diesen richtete. Der Leuchturmwärter von Trelleborg erstattete hierüber Anzeige. Das deutsche Paar wurde in Södra Abn verhaftet und die beschlagnahmten Pakete nach Trelleborg geschafft, wo sich zeigte, daß sie außer echten Spitzen und Juwelen Schmuckstücken Staatsobligationen über einen sehr hohen Betrag enthielten. Nach verschiedenen Ausführungen gestanden die beiden Deutschen, die Pakete seien vom Prinzen Wied abgeworfen worden. Der Inhalt gehörte dem König von Sachsen. — Die Meldung klingt sensationell und bedarf gerade darum dringend der Aufklärung. Hierzu meldet unser Dresdner Mitarbeiter: Der justizielle Sachwalter des früheren Königs erklärte die Meldung des dänischen Blattes für völlig unwahr. Die Regierung werde eine Untersuchung in der Angelegenheit einleiten. Der „Abend“ erzählt, daß die Flugzeugsendung der Wertobjekte vom Prinzen Wied erfolgte, der seit geraumer Zeit nicht mehr deutscher Staatsangehöriger ist und Fürst von Albanien war. Der ehemalige Fürst, der zur Zeit in der Schweiz weilte, wurde von Freunden veranlaßt, die Wertobjekte auf diese Art Verwandten in Schweden überbringen zu lassen.

**† 25 Gefangene ausgebrochen.** Aus dem Festungsgefängnis Oberhaus bei Passau sind 25 politische Gefangene, die wegen Teilnahme an den Ausschreitungen der Räterepublik vom Standgericht in München zu längeren Festungsstrafen verurteilt worden waren, ausgebrochen und geflüchtet. Drei von ihnen wurden bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof in München verhaftet. Man fand bei einem derselben eine Kiste der Mitgeflüchteten. Aus den Berechnungen ging hervor, daß mehrere von ihnen in einem Vorort Münchens bereits ausgeflogen waren, andere sich in Unkenntnis der veränderten politischen Verhältnisse über Österreich nach Ungarn geflüchtet hatten.

**† Die Befragung der „Bremen“ 3 Jahre gefangengehalten!** Die Befragung des Handelsunterseebootes „Bremen“, das seinerzeit verschollen war, ist vollständig in Bremen angekommen und zwar ohne jegliche vorherige Ankündigung. Die Engländer haben die Befragung drei Jahre lang gefangengehalten und von der Außenwelt vollständig abgeschlossen, um den Verbleib zu verschleiern. Eine Bestätigung dieser Meldung war bisher noch nicht möglich zu erreichen.

**† Räuberischer Überfall im „Oberschlesischen Wanderer“.** Aus Gleiwitz wird vom Sonnabend gemeldet: In das Hauptbureau des „Oberschles. Wanderer“ drang während der Mittagspause ein Räuber in Soldatenuniform ein und nötigte mit vorgehaltener Armeepistole die um diese Stunde allein anwesende Kassiererin zur Herausgabe für die heutige Löhnung bestimmte Summe von 21 000 Mark. Der Räuber entkam mit der Drohung, die Kassiererin würde noch heute ermordet, wenn sie binnen der nächsten Stunden Kenntnis vom dem Vorgang gebe.

**† Zehn Pfund Speck für hunderttausend Mark.** Für 100 000 Mark Banknoten wurden auf der Bahnhöhle von Schmalkalden nach Jella-Mehlis einem Angestellten der Bankfirma Wachenfeld & Gumplich in Schmalkalden geraubt. Der Bote sollte das Geld für die Filiale nach Jella-Mehlis bringen. Im Coupe wurde ihm auf unerklärliche Weise das Paket mit den Banknoten verläßt, als der Zug durch einen Tunnel fuhr. Bei seiner Ankunft fand er statt der Banknoten 10 Pfund Speck in seinem Koffer. Eine Untersuchung ist eingeleitet, die das mythische Dunkel der Angelegenheit klären soll. Die Firma hat eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

# Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung in Lichtenstein am 11. August 1919.

Die gegen 7 1/2 Uhr eröffnete Sitzung im Saale der „Goldenen Sonne“ stand unter dem Eindruck des Anfang August vom hiesigen Ortsnahrungsausschuß und Stadtrat angebl. aus Sparmaßregeln einmütig gefaßten Beschlusses, die Lebensmittelverteilung nicht mehr in den Lichtensteiner Zeitungen, sondern an den Plakatafeln und in z. T. neu zu beschaffenden Aushängekästen bekannt zu geben. Welche Erregung diese Maßnahme in unserer Einwohnerschaft hervorgerufen hat, bewies ihr zahlreiches Erscheinen und die lebhafteste Aussprache über den erwähnten Punkt, der auf Antrag nicht erst an siebenter, sondern sogleich an erster Stelle behandelt wurde, da Punkt 1 der Tagesordnung (Richtigprechung der Rechnung über die Stadtkasse für 1919) wegen noch nicht erfolgter Rechnungsprüfung abgesetzt werden mußte. Die Erörterung ließ erkennen, daß jener weittragende Beschluß vornehmlich und teilweise ohne hinreichende Überlegung gefaßt worden war. Denn mehrere Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums, die als dem Ernährungsausschuß angehörend, ihm zugestimmt hatten, erklärten sich nach reiflicher Erwägung der Frage gegen ihn, wenn freilich auch die Anhänger der Linken dieser veränderten Stellungnahme bei der endgültigen Abstimmung entsprechend der Parteidoktrin nicht gegenüber ihren Genossen Ausdruck zu geben wagten, wie wohl ein gangbarer Weg zu friedlicher Lösung der Angelegenheit vorher angezeigt worden war. Schlag doch Herr Bürgermeister Steiner vor, gegen Zahlung einer möglichen Jahrespauschale den hiesigen Zeitungen die betr. Bekanntmachungen wieder zur Veröffentlichung zu überweisen und damit sowohl den Wünschen der Einwohnerschaft als der geringen Belastungsfähigkeit des Stadtsäckels Rechnung zu tragen. Dieser von ehrlichem Verständniswillen getragene Vermittlungsvorschlag scheiterte aber, wie gesagt, an der Kampfstimmung der Linken, die mit 10 gegen die 4 Stimmen der Vertreter der bürgerlichen Interessen nach langer und z. T. scharfer Auseinandersetzung die getroffene Anordnung aufrecht erhielt, da man den ausschließlichen Lesern der „Volksstimme“ u. des „Kämpfers“ nicht zumuten könne, sich Kosten und Lektüre eines ihnen nicht genehmen Blattes nur zwecks Kenntnisnahme der Lebensmittel-Bekanntmachungen aufdrängen zu lassen. Außerdem dürfe man sich nicht von dem von Herrn Stadtverordneten-Vorsteher Mehlich von verlesenen Schreiben einschließen lassen, in dem eine Anzahl Bürger Aufhebung der Maßnahme binnen drei Tagen fordern, widrigenfalls Beschwerdeführung an Kreishauptmannschaft bzw. Ministerium angedroht wird.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fanden Punkt 2-8 schnelle Erledigung, nachdem mit Schluß der Aussprache über Punkt 7 ein Teil der zuhörenden Einwohnerschaft den Saal verlassen hatte. Ergab sich doch für die Satzungsänderungen unter ihr hierbei keine Gelegenheit mehr, den sachlichen Gang der Verhandlungen durch Rundgabe ihrer höchst unmaßgeblichen persönlichen Meinung in lärmenden Zwischenrufen zu stören, wie das wohl in der Nationalversammlung angebracht erscheinen mag, nicht aber für die Sitzungen des hiesigen Stadtparlamentes empfohlen werden kann. Das Kollegium nahm also Kenntnis von einer ministeriellen Antwort betr. Geschäftsordnung wählte als Lichtensteiner Vertreter in den dreigliedrigen Wohlfahrtspflegeauschuß Frau Hinkel und Frau Oberparrer und willigte einstimmig in die teilweise Änderung des Ortsgesetzes über die Städtereinigung sowie die Abänderung des Ortsgesetzes für die Stadt betr. Ausschüsse und des Sparkassenregulativs.

Zum Schluß richtete bei Erledigung von Punkt 8 („Umfrage“) Herr Hinkel die Anfrage an Herrn Bürgermeister, ob eine Regierungsanweisung an die Kassen ergangen sei, den Berginvaliden und deren Frauen eine Teuerungszulage von je 75 M., zusammen 150 M., zu zahlen. Hierüber war noch nichts bekannt, doch versprach Herr Bürgermeister, Erkundigungen einzuziehen. Hiemit fand die denkwürdige Sitzung gegen 9 1/2 Uhr ihr Ende.

## Eingehandt.

Unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die prägnantesten Verantwortungen.

Auf das Eingehandt des Herrn Fuchs in letzter Nummer des hiesigen „Tageblatt“ habe ich zunächst zu erwidern, daß allein ich der Verfasser und geistige Urheber der an den Stadtrat zu Lichtenstein gerichteten Protestschrift mit wohl 178 Unterschriften auf Aufhebung der Kassenbekanntmachung vom 2. August 1919 wegen der Art der Veröffentlichung der Lebensmittelverteilung bin und daß mein Kollege Schwarz absolut keinen Einfluß auf die Abfassung und die Beilegung der Unterschriften hatte. Mein genannter Kollege hat erst von meiner Eingabe Kenntnis erhalten, als ich sie ihm — außerhalb unserer Amtsstelle und nachdem sie bereits von etwa 80 Personen unterschrieben war — zur Unterschrift vorlegte. Ihn treffen also alle die Vorwürfe des Herrn Fuchs in Bezug auf die Protestschrift nicht. Aber auch gegen mich wird der Vorwurf der Fälschung von Herrn Fuchs ganz ungerichtet erhoben; ich weise ihn auf das Entgegenstehende zurück und werde, falls Herr Fuchs, wozu ich ihn hiermit auffordere, nicht vorziehen sollte, seinen eine unverantwortliche Beleidigung meiner Person enthaltenden Vorwurf binnen drei Tagen öffentlich an dieser Stelle zurückzunehmen, ihn an anderer Stelle gebührend zur Rechenschaft zu ziehen lassen. Letztere ist selbstlich, daß unter der Protestschrift in

zwei verschiedenen Fällen mehrere Namen durch ein und dieselbe Person gesetzt worden sind, ohne daß dadurch irgend jemand eine Fälschung begangen hätte. Es kam in beiden Fällen eine Frau aus der Arbeiterklasse zu mir und erklärte, die Eingabe für sich und einige andere Personen mitunterzeichnet zu wollen, was dann auch geschah. Eine besondere Frage, ob sie Auftrag zur Mitunterzeichnung der Eingabe von den betreffenden Personen habe, habe ich an die Frauen nicht gerichtet, hielt es auch nach den vorhergegangenen Erklärungen nicht für erforderlich, zumal die eine der Frauen mir einen Zettel vorlegte, auf dem die Namen Derjenigen, für die sie unterzeichnen sollte, geschrieben standen. Daß bei dieser Sachlage eine Fälschung durch mich nicht in Frage kommen kann, liegt für jeden Vernunftigen klar auf der Hand, und die Haltlosigkeit des Fälschungsvorwurfs des Herrn Fuchs gegen mich ist zur Genüge bewiesen. Selbst wenn, was ich nicht glaube, die beiden Frauen einige Namen ohne Auftrag unter die Eingabe geschrieben haben sollten, und wenn die in Frage kommenden Personen jetzt — vielleicht selbstlich — aus parteipolitischen und parteibürokratischen Gründen — sich durch die Erklärung, sie hätten Auftrag zur Unterzeichnung der Eingabe nicht gegeben, aus der Schlinge zu ziehen suchen, die Eingabe vielleicht nur 100 g i l l i g e Unterschriften tragen sollte, so tut dies doch der Ehrlichkeit des Entwürfschreibers der Lichtensteiner Einwohnerschaft über die bezüglich der Lebensmittelverkaufsveröffentlichungen getroffenen Maßnahme keinerlei Eintrag, denn es wäre mit ein Leichtes gewesen, diese wenigen in Frage kommenden Unterschriften um mindestens das Zehnfache durch andere — persönlich abgegebene — zu ersetzen. Ich habe nach Einreichung der Protestschrift noch mit einer Unmenge von Leuten aller Gesellschaftsklassen über die Angelegenheit gesprochen und von ihnen die Versicherung erhalten, daß sie, wenn sie etwas von der Protestschrift gewußt hätten, selbstverständlich mitunterzeichnet haben würden. Lediglich die Dringlichkeit der Angelegenheit hat mich veranlaßt, von einem Zitationen nach Unterschriften, z. B. nach dem Schäfer, der Kämpf, der Kämpfstraße, der Nikolaus- und Rüdigerstraße ufm. abzusehen. Hätte ich dies getan, so würde sicher Herr Fuchs unter der Protestschrift mindestens 1500 bis 2000 Unterschriften — alle ungeprüft — haben erblicken können.

Zum Schluß bemerke ich noch, daß ich auf weitere Anpassungen in der Zeitung nicht reagieren werde, sondern je nach Lage der Sache alles mit Stillschweigen übergehen oder andere Maßnahmen ergreifen würde.

Gerichtsaktuar R ö h n i s c h.

Auf die Erwiderung des Herrn Fuchs in der gestrigen Nummer zunächst einige tatsächliche Feststellungen:

Ich habe in der kommunistischen Versammlung am 23. Februar d. J. gesprochen, nachdem der Kommunist H. Hedert den — nicht anwesenden — Herrn Oberparrer Ende aufgefordert hatte, sich zu äußern. Ich habe ausdrücklich nach Renennung meines Namens erklärt, daß ich ein Parteifreund des Herrn Ende sei. Es konnten also keinerlei Zweifel darüber bestehen, für welche Partei ich sprach. In Nr. 46 der hies. Zeitungen erschien folgender Bericht, soweit es meine Person angeht:

„Als erster Gegner sprach Herr E. Schwarz von der Deutsch-demokratischen Partei und wandte sich unter Hinweis auf die blutigen Vorgänge in Berlin, Weisbaden und München gegen die Spartakisten. Redner mahnte zur Ruhe und Besonnenheit, wie zu tatkräftigem Mithelfen an der Schaffung geordneter Zustände in unfr. freien deutschen Vaterlande.“

Dieser durchaus sachliche Bericht ist von einem Parteigenossen des Herrn Fuchs verfaßt und in die Zeitung gebracht worden. Demzufolge bestand bei den Mehrheitssozialisten kein Zweifel, für welche Partei ich sprach. Ich habe also nicht „aus Versehen“ als Mehrheitssozialist gesprochen, wie Herr Fuchs behauptet. Wenn Herr Fuchs auch in der Versammlung war — da er über mein Auftreten so gut unterrichtet sein will — und nicht gesprochen hat (er redet sonst immer) und mir noch zuschreibt, ich habe „aus Angst“ gesprochen, so weise ich dies zurück. Eher könnte ich Herrn Fuchs diesen Vorwurf machen. — „Was ich denk u. tu, trau ich ändern zu“ paßt für Herrn Fuchs, den Verbrecher von Tatsachen.

Den Vorwurf, ich habe wissentlich einer Fälschung Vorwand geleistet oder um eine solche gewußt, weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Ich bin weder Verfasser noch Mitverfasser der Beschwerdeschrift, von deren Existenz ich erst Kenntnis erlangte, als sie mir, nachdem schon ca. 80 Einwohner unterschrieben hatten, gleichfalls zur Unterschrift vorgelegt worden ist. Daß ich ihren Inhalt genau so billige, wie es die ca. 180 Mitunterzeichner tun, brauche ich nicht zu versichern. Erst durch das Eingehandt des Herrn Fuchs bin ich der angeblichen „Fälschung“ nachgegangen und habe festgestellt, daß eine Frau in durchaus zulässiger und glaubwürdiger Weise im Auftrage einiger anderen Frauen für diese unterschrieben hat. Es bliebe ja nur die Frage offen, ob etwa diese Frau ein Versehen trifft. Herr Fuchs aber macht das anders: Er macht 2 öffentl. Beamten, darunter mir, den Vorwurf einer gewußten Fälschung, schließt also eine Beleidigung mit einer Leichtfertigkeit, die ihresgleichen sucht, ohne daß er auch nur den geringsten Anhalt für den wahren Sachverhalt hat. Aus diesem Verhalten des Herrn Stadtrat Fuchs muß ich die Konsequenzen ziehen und ihm antworten wie ers verdient:

Auf mein erstes Eingehandt, dem auch nicht das Geingste des Parteipolitischen anhaftete, erschien die Antwort der Vertreter der Mehrheitssozialisten im Ernährungsausschuß. Richteten sich meine durchaus sachlichen Auslegungen zunächst nur gegen den Ernährungsausschuß als solchen — ich weiß nicht einmal wer ihm angehört — so war nunmehr und insbesondere durch den Artikel in der Volksstimme der Fall der Antwort an diese Vertreter gegeben. Das ist doch ganz logische Folge! — Ich suche weder Anschlag noch rechtlich noch vertritt ich kapitalistische Interessen oder beabsichtige bürgerliche Stimmungsmache. Dazu kennen mich meine Anhänger zu gut. Aber die Interessen der Allgemeinheit suche ich zu schützen, das nenne ich demokratisch sein.

Herr Fuchs scheint der Meinung zu sein, daß nur er allein in Lichtenstein etwas zu sagen habe u. keinem Anderen gestattet sei, seine Meinung zu äußern und Kritik zu üben, wo sie nur allzu nötig am Plage ist. Leider ist es schon so weit gekommen, daß alles in Lichtenstein nach der Regie des Herrn Fuchs und seiner Rollenverteilung geschieht. Auch bei Herrn Fuchs war der Zweck aller politischen Kämpfe: „Ran an die Krippe“. Deshalb bekamen bei der Zusammenlegung der sozialdemokratischen Stadtvertretung die blinden Helfershelfer des Herrn Fuchs zwar die Ehrenämter, Herr Fuchs aber behielt sich das bezahlte Amt des Stadtrats vor.

Nicht ich, Herr Fuchs, mittere die Morgenluft der Gegenrevolution. Vielleicht aber Sie und zwar aus dem Gefühl Ihrer eigenen Unzulänglichkeit heraus, als politischer Wannstalt, dessen unfruchtbare Ideengänge auch von den nächsten Parteifreunden erkannt und abgelehnt werden. Deshalb nehmen Sie auch zu solchen Anpassungen Ihre Zuflucht, ich wolle mich „schnell berüchtigen“. Sie sollen diesmal Recht haben Herr Fuchs, ich will „schnell berüchtigt“ werden, um besoldeter Stadtrat in Lichtenstein zu werden.

Ernst Schwarz, Gerichts-Sekretär.